

# Presseinformation



**Wolfgang Kubicki, MdL**  
**Vorsitzender**

**Christopher Vogt, MdL**  
**Stellvertretender Vorsitzender**

**Dr. Heiner Garg, MdL**  
**Parlamentarischer Geschäftsführer**

**Nr. 141/2017**  
**Kiel, Freitag, 31. März 2017**

**Verkehr/Pkw-Maut**

## Christopher Vogt: Albig hat bei der Umsetzung des Landtagsbeschlusses zur Maut versagt

Zur Zustimmung des Bundesrates zur Pkw-Maut erklärt der Stellvertretende Vorsitzende und verkehrspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, Christopher Vogt:

„Obwohl es keine andere Partei in Deutschland außer der CSU gibt, die der Pkw-Maut etwas Positives abgewinnen kann, wird sie jetzt kommen. Nicht nur die Bundeskanzlerin, die sich im Bundestagwahlkampf so vehement gegen dieses bürokratische Wahnsinnsprojekt ausgesprochen hat, sondern auch die bundesdeutsche Sozialdemokratie haben eindrucksvoll ihre Rückgratlosigkeit demonstriert.

Die Landesregierung unter Torsten Albig hat es nicht geschafft, den eindeutigen Beschluss des Landtages, ein Anti-Maut-Bündnis zu schmieden, umzusetzen. Ein mutiges Entgegenstemmen aus Kiel war auch in Berlin kaum noch glaubhaft zu vermitteln, nachdem der Ministerpräsident selbst mehrere Gelegenheiten ausgelassen hat, die Maut zu verhindern. Dass er selbst der Maut in der Verhandlungsrunde ‚Verkehrspolitik‘ seinen Segen gegeben hat, wäre am Ende nicht so schlimm gewesen, hätte er später im Bundesrat entschieden dagegen aufgelehrt. Auch in Berlin gilt: Wer den Mund spitzt, muss auch pfeifen. Das hat Torsten Albig aber mehrmals nicht getan.

Die Einführung der Pkw-Maut wirft gerade Schleswig-Holstein als Grenzland zu Dänemark um Jahre zurück. Es ist auch kaum vermittelbar, dass wir in Europa freie Grenzen wollen, aber mit der Maut gleich wieder neue Grenzen hochziehen. Dass der mächtige sechste Stellvertretende Vorsitzende der SPD, Dr. Ralf Stegner, seine Genossen in Berlin vom Irrsinn nicht abhalten konnte, offenbart eine ungeahnte Hilflosigkeit. Soll das jetzt das neue Selbstbewusstsein der SPD unter Martin Schulz sein?

Die Maut ist im Übrigen nach wie vor europarechtswidrig. Und die ersten Klagen sind schon angekündigt – interessanterweise auch noch aus Öster-

reich. Viel mehr Sorge bereitet uns allerdings, dass nach der Zustimmung des Bundesrates in Dänemark Überlegungen umgesetzt werden, eine Maut zu erheben, die vorrangig deutsche Autofahrer treffen würde. Dies würde den wirtschaftlichen Schaden durch die Maut in der Grenzregion noch einmal vergrößern.“